

Eidgenössisches Finanzdepartement  
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 25. November 2010

## **Stellungnahme zur Revision der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE)**

### ***Stellungnahme der Grünen Partei der Schweiz***

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Revision der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit.

#### **Grundsätzliche Bemerkungen**

Die Grüne Partei befürwortet eine Verschärfung des Bundesgesetzes über die Besteuerung nach dem Aufwand. Die Grüne Partei ist allerdings der Ansicht, dass die Besteuerung nach dem Aufwand gar nicht mehr zeitgemäss ist und in der Zukunft ganz abgeschafft werden sollte. Die Besteuerung nach dem Aufwand ist ungerecht und verstösst gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Sie entlastet durch gezielte Inländerdiskriminierung eine kleine Gruppe auf Kosten der Gesellschaft.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Pauschalbesteuerung wird völlig überschätzt. Das illustrieren beispielsweise die unrealistischen Schätzungen im Vernehmlassungsbericht, die aus den Umsätzen bei den Immobilienkäufen der Aufwandbesteuerten direkt einen enormen Wertschöpfungszuwachs ableiten.

Die Immobilienkäufe werden zu einem grossen Teil preistreibend gewirkt haben, ohne dass eine Wertschöpfung in auch nur annäherndem Ausmass angefallen wäre. Die Schweiz ist auch ohne die Möglichkeit der Aufwandbesteuerung ein für hohe Einkommen und Vermögen sehr attraktives Land. Selbst wenn die Aufwandbesteuerung abgeschafft würde, kann mit zusätzlichen Steuereinnahmen gerechnet werden.

Das zugunsten der Aufwandbesteuerung vorgebrachte Argument, dass die Veranlagung reicher, in der Schweiz wohnhafter AusländerInnen zu aufwändig sei, weil deren Vermögen über die ganze Welt verstreut ist, ist obsolet. Bei grenzüberschreitenden Steuerrechtsfällen sind vergleichbare komplexe Fragestellungen und Beweisanforderungen nichts Aussergewöhnliches, ohne dass eine vom Gesetz und den Doppelbesteuerungsabkommen abweichende Pauschalbesteuerung erfolgen würde.

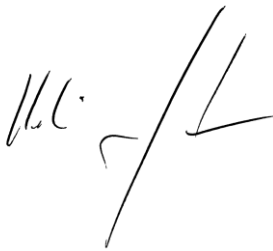
## Zu den einzelnen Bestimmungen

Die Grüne Partei fordert die Änderung der folgenden Punkte:

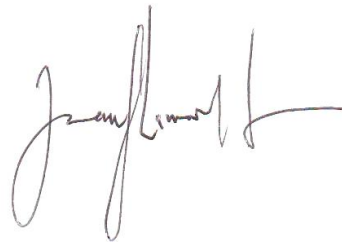
- Der Mindestbetrag der Lebenshaltungskosten von 400'000 SFr. ist zu tief und muss deutlich erhöht werden.
- Der einfache Verweis auf die Pflicht der Kantone, den angewandten Vermögenssteuersatz festzulegen, ist unzureichend. Die vorgeschlagene Regelung hat zur Folge, dass sich die Kantone mit den Steuersätzen gegenseitig unterbieten werden. Dies führt zu einer Abwärtsspirale bei den Steuern auf Kosten der ganzen Schweizer Bevölkerung. Die Vermögenssteuer soll sich an dem im betreffenden Kanton geltenden Recht für ordentlich Besteuerte orientieren. Dies ist auf Bundesebene festzuhalten.

Wir bitten Sie, die Anliegen und Vorschläge wohlwollend zu prüfen und die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Ueli Leuenberger  
Präsident der Grünen Schweiz



Iwan Schauwecker  
Politischer Sekretär